



Wer profitiert vom Aufschwung?

Deutschland ist stabiler als andere Länder durch die Finanz- und Wirtschaftskrise gekommen. Schon seit Sommer 2009 zeichnet sich eine Erholung ab. Durch die Strukturreformen des letzten Jahrzehnts und die Antikrisenpolitik seit 2008 hat Deutschland im internationalen Wettbewerb eine neue starke Rolle gewonnen. Ein Jahr nach dem größten Konjunkturinbruch der Nachkriegszeit befindet sich Deutschland wieder im Aufschwung. Die Bundesregierung rechnet laut **Jahreswirtschaftsbericht 2011**, den der Deutsche Bundestag in dieser Woche diskutiert, mit einer Arbeitslosigkeit von im Schnitt 2,94 Millionen Menschen für dieses Jahr. Damit wäre die Arbeitslosenzahl im Jahresverlauf so niedrig wie zuletzt 1991. Das Bundeswirtschaftsministerium erwartet, dass sich das Wirtschaftswachstum in 2011 – nach 3,6 Prozent in 2010 – um rund 2,2 Prozent im Vergleich zum Vorjahr steigern wird.

Damit aber sind die politischen Aufgaben nicht erledigt. Der Arbeitsmarkt ist gespalten, starker Export steht nicht im Gleichgewicht mit Investitionen und Nachfrage am Binnenmarkt, falsche Entscheidungen der Regierung in der Energie- und Investitionspolitik gefährden den Vorsprung bei erneuerbaren Energien und nicht zuletzt: die Lohnentwicklung in Deutschland ist ungerecht. Der Aufschwung kommt nicht bei allen Menschen an. 71 Prozent der deutschen Bevölkerung sagen: „Nein, ich profitiere nicht vom Wachstum.“¹ Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im unteren und mittleren Einkommensbereich leiden unter Lohninbußen, Arbeitsplatzunsicherheit und einer sozialen Schieflage bei Steuern und Abgaben, während Großverdiener und Anleger großer Vermögen sowohl von Einkommenszuwächsen als auch von schwarz-gelben Steuerprivilegien profitieren.

Auswirkungen der Krise – Global Wage Report 2010/2011

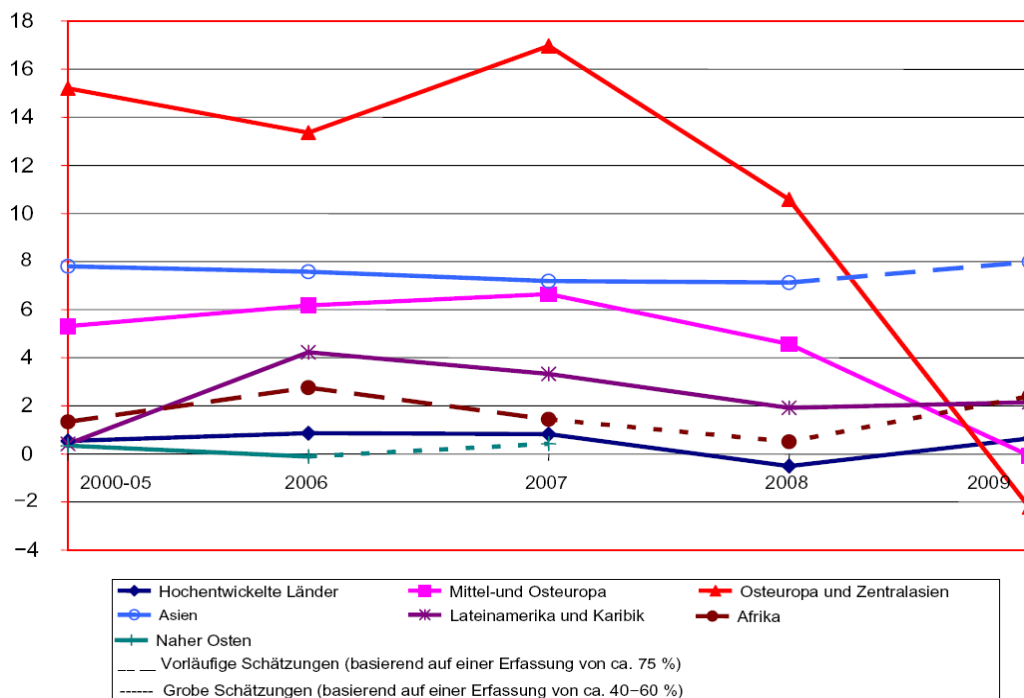
Der aktuelle Global Wage Report der ILO² dokumentiert die **Auswirkungen der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise** auf die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer weltweit. Durch die Krise hat sich das **Wachstum der Reallöhne** weltweit erheblich verlangsamt. Die Arbeitslosigkeit ist global auf 210 Millionen Menschen

¹ Infratest, ARD-Deutschland-Trend, November 2010.

² International Labor Organization: Global Wage Report 2010/11 – Wage policies in times of crisis / Ergänzung: Datenblatt Deutschland 2010/11

angestiegen und hat damit ein neues Rekordniveau erreicht. Gegenüber dem Vorkrisenniveau hat sich das Wachstum der Löhne und Gehälter halbiert. Das Wachstum der durchschnittlichen realen Monatslöhne ging von 2,8 Prozent in 2007 auf 1,5 Prozent (2008) und 1,6 Prozent (2009) zurück. Das ist ein Rückgang des Reallohnwachstums von 2,2 Prozent 2007 auf 0,8 Prozent 2008 und 0,7 Prozent 2009. Regional bestehen erhebliche Unterschiede: Für die hochentwickelten Länder sind die Reallöhne, die vor der Krise jährlich um rund 0,8 Prozent gewachsen waren, nach dem Ausbruch der Krise 2008 zunächst um -0,5 Prozent zurückgegangen und dann 2009 wieder um 0,6 Prozent anstiegen. In Mittel- und Osteuropa fiel das Reallohnwachstum von 6,6 Prozent im Jahr 2007 auf 4,6 Prozent 2008 und -0,1 Prozent 2009. In Asien stiegen die Reallöhne im Zeitraum 2006-2009 um mehr als 7 Prozent: 2007 betrug die Wachstumsrate 7,2 Prozent, 2008 7,1 Prozent und 2009 8 Prozent. Die Reallöhne in den hochentwickelten Ländern stiegen von 1999 bis 2009 real nur um etwa 5 Prozent, was auf eine Periode der Lohnzurückhaltung schließen lässt.

Regionales Lohnwachstum, 2000-2009 (in Prozent pro Jahr)



Ausweitung des Niedriglohnsektors

Insgesamt zeigt sich, dass der Anteil der Bezieher niedriger Arbeitsentgelte seit Mitte der 1990er Jahre in mehr als zwei Dritteln der Länder, für die Daten verfügbar sind, erhöht hat. Dazu gehören z. B. Argentinien, China, **Deutschland**, Indonesien, Irland, Polen, die Republik Korea und Spanien. Hier besteht die Gefahr, dass viele Menschen den Anschluss verlieren. Die Wahrscheinlichkeit, in einen besser bezahlten Arbeitsplatz aufzusteigen, ist weiterhin gering, während die Gefahr, im Niedriglohnsektor gefangen zu bleiben, dagegen hoch ist. Der Bericht macht auch deutlich, dass Diskriminierung eine wichtige Rolle spielt, wenn sich Niedriglöhne sowie Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen hartnäckig halten. In Industrie- wie auch in Entwicklungsländern sind die schlecht bezahlten Arbeitnehmer in der Regel jung, überproportional oft weiblich, und sie gehören häufiger einer benachteiligten Minderheit oder Immigrantengruppe an. Die Häufung dieser Merkmale bei den Niedriglohnempfängern führt zu einer Unterbewertung ihrer Arbeitsplätze.

Lohnpolitik kann einen positiven Beitrag zu einem zukunftsfähigeren Wirtschafts- und Sozialmodell leisten. Starke Arbeitnehmervertretungen, Kollektivverhandlungen und Mindestlöhne helfen, die Wirtschaftsentwicklung nachhaltiger und gerechter zu gestalten, indem sichergestellt wird, dass Arbeitnehmerfamilien und Haushalte mit geringem Einkommen einen fairen Anteil an den Früchten jedes einzelnen Prozentpunkts des wirtschaftlichen Wachstums erhalten. Kollektivverhandlungen und Mindestlöhne können auch dazu beitragen, den Anteil der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit Niedriglöhnen zu verringern.

Die Lage in Deutschland

In Deutschland sind die monatlichen Reallöhne aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer während drei aufeinanderfolgender Jahre inklusive 2009 gefallen, während die monatlichen Nominallöhne das erste Mal in der deutschen Nachkriegsgeschichte gefallen sind³. Dieser Abfall beruht größtenteils auf einer Reduzierung der Arbeitszeit in der Krise, um Arbeitsplätze zu sichern. Beschränkt auf Vollzeitkräfte betrug daher das Wachstum der monatlichen Reallöhne in 2008 0,0 Prozent und in 2009 0,8 Prozent.

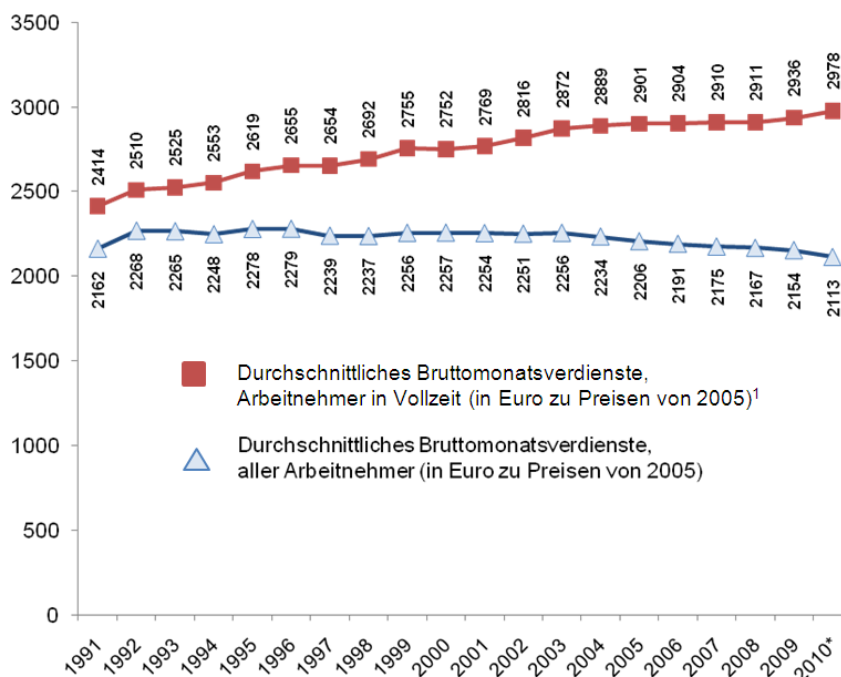
Die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise ist in Deutschland am Arbeitsmarkt trotz der starken Exportabhängigkeit der nationalen Wirtschaft deutlich weniger spürbar als in anderen

³ Global Wage Report 2010/11, S. 11f.

Ländern. Die Arbeitslosigkeit ist seit Jahren zum ersten Mal wieder auf unter 3 Mio. gesunken und die Beschäftigungsquote liegt über 70 Prozent. Zurückzuführen ist dies auf den Einsatz von arbeitsmarktpolitischen Instrumenten, vor allem auf den verstärkten Einsatz von Kurzarbeit. Im Krisenjahr 2009 konnte in Deutschland die Beschäftigung stabil gehalten werden.

Allerdings kommt die jetzt relativ gute wirtschaftliche Lage in Deutschland den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern nicht zugute. Langzeitarbeitslose und Geringqualifizierte haben nach wie vor große Schwierigkeiten. **Bei der Vermeidung von Langzeitarbeitslosigkeit liegt Deutschland im OECD-Vergleich auf dem vorletzten Platz⁴.** Hinzu kommt eine rückläufige Lohn- und Gehaltsentwicklung. Die durchschnittlichen Bruttomonatseinkommen sind leicht unter das Vorkrisenniveau zurückgefallen. Preisbereinigt lagen sie im Jahr 2009 mit 2.154 Euro nur 1 Prozent unter dem Stand von 2007 mit 2.175 Euro. In 2010 (1.-3. Quartal) fielen die Löhne inflationsbereinigt auf 2.113 Euro im Monat.

Entwicklung der Bruttoverdienste in Deutschland, 1991-2010* (inflationsbereinigt)



Quelle: Statistisches Bundesamt

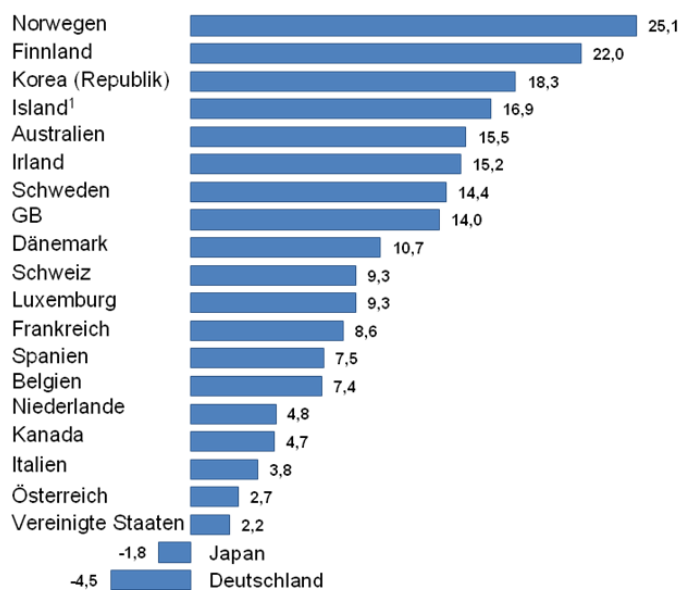
* Erstes bis drittes Quartal 2010, nicht saisonbereinigt

⁴ Bertelsmann-Stiftung: Soziale Gerechtigkeit in der OECD – Wo steht Deutschland? Sustainable Governance Indicators 2011 / OECD Employment Outlook

Längerfristig sind die Löhne und Gehälter weltweit innerhalb der letzten zehn Jahre insgesamt um ein Viertel gestiegen. Hiervon setzten sich allerdings die entwickelten Länder negativ ab. Mit 0,9 Prozent in 2006 und 0,8 Prozent in 2007 war das Lohn- und Gehaltswachstum in den entwickelten Ländern selbst in konjunkturstarke Jahre vor der Krise eher bescheiden. Dies ist insbesondere den Entwicklungen in den USA, in Japan und in Deutschland, den drei größten Industrienationen, geschuldet. In Deutschland gingen die Arbeitnehmerverdienste von 2000 bis 2009 inflationsbereinigt um 4,5 Prozent zurück (USA +2,2, Japan -1,8 Prozent). Nominal stiegen die durchschnittlichen Monatsverdienste in diesem Zeitraum um 10,2 Prozent. Allerdings stiegen die Verbraucherpreise im gleichen Zeitraum ebenfalls um 15,4 Prozent, so dass den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern unter dem Strich ein Minus bleibt.

Lohn- und Gehaltswachstum von 2000 bis 2009

(kumuliertes Wachstum in %, inflationsbereinigt)



Quelle: ILO Global Wage Database 2010/11

Wesentliche Gründe für das hier schlechte Abschneiden Deutschlands sind neben relativ moderaten Tarifabschlüssen die **Ausweitung des Niedriglohnssektors** und die **Zunahme von atypischen Beschäftigungsformen** wie Zeit- und Leiharbeit und 400-Euro-Jobs. Die Stundenverdienste atypisch Beschäftigter liegen etwa ein Drittel unter dem von

Normalarbeitnehmern. Der höhere Anteil atypisch Beschäftigter führt auch dazu, dass die durchschnittlichen Monatsverdienste aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Jahr 2009 – mit 2.154 Euro brutto – deutlich unter dem Niveau der 1990er Jahre lagen. Dieser Trend verstetigt sich auch in 2010. Über 20 Prozent aller Vollzeitbeschäftigten sind im **Niedriglohnssektor** beschäftigt⁵. Damit befindet sich Deutschland in einer Gruppe etwa mit Kanada, Ungarn, England und Irland.

Positiver sieht es aus, wenn man sich die Lohn- und Gehaltsentwicklung bei Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Vollzeitbeschäftigung im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungssektor anschaut. Hier haben sich die Bruttomonatsverdienste inflationsbereinigt von 2.752 Euro (2000) um 6,7 Prozent auf 2.936 Euro (2009) erhöht. Auch in 2010 gibt es für Vollzeitbeschäftigte wieder ein Lohnplus auf 2.978 Euro.

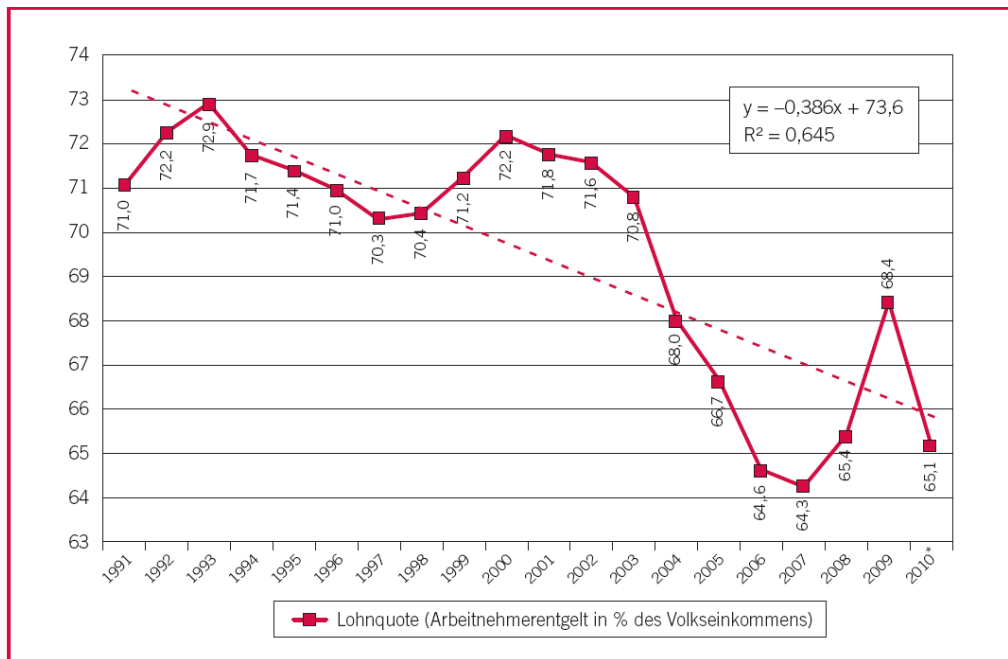
Eine wichtige Vergleichszahl für die Lohn- und Gehaltsentwicklung ist die **Arbeitsproduktivität**, also die Wertschöpfung je Erwerbstätigen oder je geleisteter Arbeitsstunde: Steigen die Löhne schneller als die Arbeitsproduktivität, verlieren Unternehmen an Wettbewerbsfähigkeit; steigen die Löhne langsamer, nehmen die Arbeitnehmer nicht voll am wirtschaftlichen Erfolg teil. In Deutschland hat sich das steigende Produktivitätswachstum seit dem Jahr 2000 nicht in steigenden Monatslöhnen aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer niedergeschlagen. Neben den technologischen Vorsprüngen ist auch dadurch die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Produkte erheblich gestiegen. Deutschland hat die Herausforderungen der Globalisierung bestanden. Aber die Gesellschaft hat davon nicht als Ganzes gewonnen. In 2010 ist die Produktivität wieder deutlich gestiegen, gleichzeitig sind jedoch die Bruttomonatsverdienste weiter gefallen.

Die Abkopplung der Löhne und Gehälter von der Produktivitätsentwicklung hat zu einem deutlichen Rückgang der **Lohnquote** (Anteil der Arbeitnehmerentgelte am Volkseinkommen) geführt. Der Rückgang der Lohnquote ist verbreitet: 17 von 24 analysierten Staaten zeigen zwischen 1980 und 2007 den negativen Trend einer fallenden Lohnquote⁶. Parallel ist der Anteil der Unternehmens- und Vermögenseinkommen angestiegen. Langfristig geht der Trend zu einer Umschichtung des Volkseinkommens zugunsten der Unternehmens- und Vermögenseinkommen mit einem durchschnittlichen Rückgang der Lohnquote von 0,39 Prozentpunkten pro Jahr.

⁵ Global Wage Report 2010/11, Tabelle S. 36

⁶ Global Wage Report 2010/11, S. 22, Tabelle S. 23f.

Entwicklung der Lohnquote in Deutschland, 1991–2010*



* Erstes bis drittes Quartal 2010, nicht saisonbereinigt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Inlandsproduktberechnungen, Lange Reihen ab 1970* (Fachserie 18 Reihe 1.5) (Wiesbaden, August 2010), Tabelle 1.3; Statistisches Bundesamt, *Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Inlandsproduktberechnungen, Vierteljahresergebnisse* (Fachserie 18, Reihe 1.2) (Wiesbaden August 2010), Tabelle 1.3; siehe auch Statistisches Bundesamt, *Wirtschaft und Statistik 1/2010*, Seite 13-28.

Die Aufgabe des Jahrzehnts: Arbeitslosigkeit besiegen, soziale Spaltung verhindern

Die schwarz-gelbe Bundesregierung spaltet die Gesellschaft durch Steuerprivilegien für Einzelne, durch die Begünstigung von Besserverdienenden, durch die Ausweitung des Niedriglohnssektors. Sie verweigert den gesetzlichen Mindestlohn. Praktikantinnen und Praktikanten werden als billige Arbeitskräfte missbraucht, Neueinstellungen erfolgen oft nur noch befristet. In Deutschland gibt es 10 Millionen atypische Beschäftigungsverhältnisse, 4,9 Millionen Teilzeitbeschäftigte, 2,7 Millionen befristete Arbeitsverhältnisse, 2,6 Millionen Beschäftigte in Minijobs und knapp eine Millionen Beschäftigte in der Zeitarbeit. 4 Millionen Menschen sind Vollzeit im Niedriglohnssektor beschäftigt.

Vollbeschäftigung ist möglich. Arbeitslosigkeit zu besiegen, heißt aber auch, die soziale Spaltung der Gesellschaft zu verhindern und Teilhabe durch Arbeit zu garantieren. Bildung, Qualifikation und Löhne müssen besser werden, damit der Aufschwung zu einem Fortschritt der ganzen Gesellschaft wird. Gute Arbeit zeichnet sich durch gute Arbeitsbedingungen und

leistungsgerechte Löhne aus. Einstieg und Aufstieg muss für jedermann möglich sein. Arbeit muss sich wieder lohnen.

Wir haben im Bundestagswahlkampf 2009 mit dem „Deutschlandplan“ als einzige politische Kraft eine Strategie für Vollbeschäftigung vorgelegt. Mit dem Arbeitsprogramm „Deutschland 2020“ führt die SPD-Bundestagsfraktion diese Strategie fort. Unsere Politik für Arbeit baut auf Wachstum, Bildung und Teilhabe.

- **Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns**

Wer Vollzeit arbeitet, muss davon auch gut leben können. Das Lohnabstandsgebot zwischen den Einkünften von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie den Regelsätzen im Arbeitslosengeld II muss durch ausreichende Löhne hergestellt werden. Wir wollen einen gesetzlichen Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro.

- **Gleicher Lohn für gleiche Arbeit**

Wir wollen gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Dies gilt insbesondere im Verhältnis von Leiharbeiterinnen und -arbeitnehmern und der Stammbeslegschaft. Dies gilt vor allem auch für die Gleichstellung von Frauen und Männern.

- **Chancengleichheit in der Bildung**

Wir wollen gleiche Bildungschancen für alle. Wir wollen Bildungsarmut bekämpfen und Kinder aus Einwandererfamilien integrieren. Bildung und Sprache sind der Schlüssel für eine erfolgreiche Integration. Für die Bildung sind mindestens 20 Mrd. Euro jährlich zu investieren, wovon der Bund die Hälfte tragen muss.

- **Eine zeitgemäße Integrationspolitik**

Um Perspektiven zu schaffen, müssen wir langfristige Aufenthaltssicherheit geben können. Einbürgerungen müssen erleichtert und die doppelte Staatsbürgerschaft zugelassen werden.

- **Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen**

Wir brauchen Fachkräfte. Niemand soll unter seiner Qualifikation beschäftigt werden müssen. Wir brauchen auch speziell auf Menschen mit Migrationshintergrund zugeschnittene Vermittlung in den Arbeitsagenturen.